

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

14.6.1921 (No. 135)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615.

Verantwortlich:
Haupt-
redakteur
G. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbelegung, zwangsweiser Beirteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Beilegung der Lohnbewegung in der badischen Textilindustrie.

Nachdem die Bemühungen der badischen Stellen, die Bewegung in der Textilindustrie zu einem Ende zu bringen, ohne Erfolg geblieben waren, unterrichtete das Badische Arbeitsministerium das Reichsarbeitsministerium über die Angelegenheit. Dieses ordnete in Ausführung der ihm nach § 22 Absatz 2 der Reichsverordnung über die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 gegebenen Zuständigkeit die Einsetzung eines Schiedsgerichts an.

Der Referent des Badischen Arbeitsministeriums, Oberregierungsrat Dr. Ing. Rikmann, verhandelte hierwegen mit den Parteien und erreichte ein Abkommen dahingehend, daß die Arbeitgeber sich zur Mitarbeit in einem Schiedsgericht, vor allem unter der Voraussetzung bereit erklärten, daß vorher die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen würde. Auch beistanden sie sich die Nichtwiedereinstellung einzelner Arbeiter vor, die sich Ausschreitungen während des Streiks hatten zu schulden kommen lassen. Darüber, ob solche Ausschreitungen im Einzelfalle vorliegen, soll nach der Vereinbarung das zuständige Gericht endgültig entscheiden. Die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes setzten sich in den Betriebsversammlungen der streikenden Betriebe für die Durchführung des Abkommens mit dem Erfolg ein, daß an dem ursprünglich gestellten Termin (am Donnerstag, den 9. Juni d. J.) die Arbeit in allen Betrieben, mit Ausnahme der Firma Großmann in Brombach und der Ramiegesellschaft in Emmendingen wieder aufgenommen war.

Die Aufgabe der Fortsetzung des Streiks in diesen beiden Betrieben veranlaßte den Arbeitgeberverband, die von ihm in Aussicht genommene Gesamtaussperrung für Baden anzunehmen. Die Kündigungen erfolgten am Montag, den 13. Juni d. J.; die Aussperrung wird am 27. d. M. wirksam werden, wenn bis dahin die Angelegenheit nicht beigelegt werden sollte. Inzwischen hat auch die Arbeiterschaft der Firma Großmann, Brombach, die Arbeit wieder aufgenommen, nur die Belegschaft der Ramiegesellschaft Emmendingen steht noch im Kampfe, weil sie den Vorstehenden des Betriebsrats, den die Firma neben einem anderen Arbeiter wegen Ausschreitungen nicht wieder einstellen will, nicht fallen läßt. Die Verhandlungen in Emmendingen dauern fort.

Als Termin für den Zusammentritt des Schiedsgerichts ist der 18. Juni angesetzt. Nach allem ist zu hoffen, daß die Aussperrung nicht wirksam werden und eine damit verbundene außerordentliche Schädigung des badischen und deutschen Wirtschaftslebens vermieden bleiben wird. In dem Augenblick, in dem das Schiedsgericht seine Arbeit aufnimmt, ist die ganze Bewegung in die Bahn zurückgeleitet, die sie nie hätte verlassen sollen, und auf der eine sachliche Entscheidung der Streitfrage wohl schon längst erreicht worden wäre.

Beschönigte und offene Vergewaltigung Oberschlesiens.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Die Folgen der bei der Volksabstimmung in Oberschlesien abgegebenen Stimmen reden eine so deutliche Sprache zu Gunsten Deutschlands, daß von französischer Seite geradezu verzweifelte Mittel angewandt werden, um sie zu überschreiben. Beispielsweise veröffentlicht der „Clair“ vom 18. April eine deutliche Meldung der Agentur Express Telegraphie de l'Est, daß eine „private“ nach dem 20. März veranstaltete Volksabstimmung im Kreise Oppeln eine einstimmige (!) Erklärung für Polen gezeitigt habe. Da im Kreise Oppeln am 20. März 81 000 deutsche und 26 000 polnische Stimmen gezählt worden sind, braucht über den grotesken Schwindel, der mit jener Nachricht in die Welt gesetzt ist, kein Wort mehr verloren zu werden.

In etwas vorsichtigerer Weise möchte das „Journal des Débats“ vom 18. April den französisch-polnischen Standpunkt retten, daß der ober-schlesische Industriebezirk trotz des deutschen Charakters aller größeren Städte zu Polen geschlagen werden müsse. Das Pariser Blatt legt sich nämlich die Sache folgendermaßen zurecht: Die Industriestädte sind eine verhältnismäßig junge Schöpfung; vor 30 Jahren waren sie Dörfer oder Flecken. Die Ausbeutung der Gruben hat eine immer zahlreichere Bevölkerung zusammenströmen lassen. Sie nicht autochthon (!) ist. Der Wechsel der Staatsunter-

tänigkeit wird die Elemente verschwinden lassen, die zur Verwaltung aller Grade gehören, und alle diejenigen, die nach ihr gravitieren. . . . Mit der Zeit werden die deutschen Inseln im Grubenbezirk verschwinden, und das wird Gerechtigkeit sein, da sie durch fremden Zulauf gebildet wurden.“

Die Interalliierte Kommission in Oppeln merkt hoffentlich nicht den stillen Tadel, der in den dorstehenden Ausführungen zwischen den Zeilen gegen sie gerichtet ist: hat sie doch durch das für die Volksabstimmung erlassene Wahlreglement „nur“ die seit 1904 in Oberschlesien Anässigen vom Stimmrecht ausgeschlossen, während das „Journal des Débats“ offenbar der Ansicht ist, daß in den ober-schlesischen Städten, alle, die nicht zu deren Ureinwohnern gehören, des Wahlrechts hätten beraubt werden müssen! Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung voller 60 Jahre, also zweier Generationen, als eine Ungerechtigkeit behandeln, die durch Verschwinden der deutschen „Inseln“ gesühnt werden müsse, ist ein Verfahren, das im 20. Jahrhundert einiges Aufsehen erregen könnte, wenn nicht das Franzosentum von heute über Raum und Zeit erhaben wäre. Aber die Originalität des Gedankens, eine Volksabstimmung nicht nach ihren unmittelbaren Ergebnissen, sondern nach der für gerecht gehaltenen mutmaßlichen Entwicklung der Zukunft zu beurteilen, ist in einem leitenden Organ des demokratischen Frankreichs, das Volksabstimmungen aus der eigenen Geschichte hinlänglich kennt, wahrhaft überwältigend!

Da das „Journal des Débats“ mit dem Verschwinden des deutschen Beamtenums und aller, die nach ihm „gravitieren“, also der führenden deutschen Personen in Industrie, Handel und Gewerbe ganz bestimmt rechnet, kann es die Frage, welches Schicksal die ober-schlesische Industrie unter polnischer Herrschaft erwarde, um so weniger übergehen, je genauer es weiß, daß Engländer, Italiener usw. in dieser Beziehung die ernstesten Besorgnisse hegen. Das Pariser Blatt macht sich indes bei der Antwort auf jene Frage sehr leicht; es beruhigt sich bei der Erwägung: die deutschen Eigentümer der ober-schlesischen Unternehmungen werden sich schon Mühe geben, die Sache im Gange zu erhalten und die Polen werden unter ihren im Auslande unterrichteten Volksgenossen sowie bei ihren Freunden schon das nötige Personal finden. — Ohne Zweifel möchten die Franzosen nichts lieber, als sich durch Einmischung in Oberschlesien die Basis für die Aufrichtung ihrer wirtschaftlichen Herrschaft über den europäischen Kontinent verbreitern. Aber wird Polen dazu ganz willig sein, sobald es Oberschlesien geschluckt hat? Eine Auskunft, die Korfanty einem Berichterstatter des Londoner „Observer“ erteilt hat, nötigt in dieser Hinsicht zu lebhaften Zweifeln; denn laut des „Kozłospolita“ vom 20. Dezember 1920 hat Korfanty jenem Gewährsmann erklärt: Die Polen seien bereit, in Oberschlesien die Erbschaft nach den Deutschen zu übernehmen und die Industrie dort ohne jegliche Hilfe weiter zu entwickeln. Was solches Selbstvertrauen der Polen praktisch bedeutet, haben Polen und Kommerellen während der zwei Jahre, die sie unter der Warschauer Regierung stehen, schauernd erlebt — ganz zu schweigen von den „Erfolgen“ polnischer Verwaltungskunst, die Kongresspolen und Galizien an den Beistellstab brachten! Wie sollten die Intelligenz und der Fleiß deutscher Eigentümer ober-schlesischer Unternehmungen gegen den unwillkürlichen, unfähigen, aufgeblasenen polnischen Bürokratismus etwas ausrichten? Wie könnten sie unter derartigen Umständen die Schwierigkeiten meistern, die sich aus der geographischen Lage Oberschlesiens zu den Hauptabnahmärkten ergeben und in Zeiten wirtschaftlicher Krisen noch verzehnfachen?

Das „Journal des Débats“ glaubt augenscheinlich selbst nicht an die beruhigenden Ausflüchte, mit denen es die Bedenken von Engländern und Italienern gegen die Polonisierung des ober-schlesischen Industriebezirks beschwichtigt; denn es stützt seine Forderung, das Industriegebiet zu überantworten, vor allem auf nackte Gewalt, indem es dem Obersten Rate vorhält, er müsse die Auslieferung der polnischen Grubenarbeiter gegen die Fortdauer der deutschen Herrschaft und die Unterstützung dieser Auslieferung durch Polen berücksichtigen, um einen Krieg in Mitteleuropa zu verhüten. Als ob der Oberste Rat nicht völlig in seiner Hand hätte, Polen zur Friedensbewahrung anzuhalten! Ohne fremde Helfer, die es mit Geld, Waffen, Munition, namentlich jedoch mit Lebensmitteln versorgen, kann Polen keinen Krieg führen. Will also der Oberste Rat die ober-schlesische Frage sachlich und gerecht entscheiden, so braucht er sich an polnische Drohungen nicht zu kehren, sondern nur den Beschluß zu fassen und durchzuführen, daß keine seiner Mitglieder die Drohpolitik Polens unterstützt. Die polnische Reizung zu gewaltsamer Entscheidung der ober-schlesischen Frage berücksichtigen, heißt künftige Auseinandersetzungen bewaffneter Art vorbereiten.

Zur Frage der Kandidatenaufstellung in Baden

schreibt die Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ aus Karlsruhe: Nur sehr langsam begreifen die Parteien die Notwendigkeit, heute, wo den Parlamenten eine viel höhere Bedeutung zukommt, nur solche Männer auf ihre Kandidatenlisten zu setzen, die auch wirklich befähigt sind, praktische Arbeit im Parlament zu leisten. Der Zustand von früher, daß immer einige wenige Mitglieder der Fraktion die eigentliche Arbeit leisteten, und die übrigen mehr oder minder Staffage bilden, ist auch jetzt im Großen und Ganzen noch nicht überwunden. Und erst nach und nach beginnt man einzusehen, daß man der Fülle von wichtigen Fragen, die heute ein jedes Parlament belastet, nicht gerecht werden kann, wenn nicht alle Mitglieder der Fraktion in den Dienst der gemeinsamen Arbeit gestellt werden können.

Im Vergleich zu der früheren Zeit kann man geradezu von einem Hagel von Gesetzentwürfen sprechen, der jetzt auf die Parlamente niederfällt. Bedeutende Probleme, die dringend der Erledigung harren, in den Wirrnissen der Revolutionsgzeit aber nicht erledigt werden konnten, sollen gelöst werden. Inzwischen aber gebiert beinahe eine jede Stunde neue Notwendigkeiten auf verfassungsrechtlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, und die Durchberatung eines neuen Gesetzes nach dem andern wird zur harten Pflicht für die Parlamente. Dazu kommt der eigentliche politische Betrieb, der sich in einer Unmenge von Anfragen und Interpellationen äußert, und schließlich der begreifliche Wunsch der Wähler, von den einzelnen Abgeordneten unmittelbar recht fleißig über die Dinge, die sich im Parlament abspielen, unterrichtet zu werden.

Bei uns in Baden sind die beiden größten Parteien des Landes inzwischen zu der richtigen Erkenntnis der besonderen parlamentarischen Erfordernisse unserer Zeit gelangt. Und wenn vielleicht auch für die kommenden Landtagswahlen, die am 30. Oktober dieses Jahres stattfinden sollen, diese Erkenntnis noch nicht die wünschenswerte Auswirkung nach sich gezogen haben wird, so haben doch die Presseerörterungen innerhalb dieser beiden Parteien — es handelt sich um das Zentrum und die Sozialdemokratie — den Gedanken selbst mit erfreulicher Deutlichkeit in den Vordergrund geschoben.

Mit Recht wird da ausgeführt, daß eine nach allen Seiten der politischen Arbeit hin leistungsfähige Fraktion das Hauptziel bei der Kandidatenaufstellung sein müsse. Der Einfluß einer Fraktion hänge nicht nur von der Zahl der Sitze ab, sondern nicht weniger von der Tüchtigkeit der einzelnen Fraktionsmitglieder. Es dürfe nicht so weit kommen, daß die Last der Arbeit und Verantwortung auf einem kleinen Kreis der Fraktion ruht, während die Mehrzahl sich auf die Anwesenheit bei den öffentlichen Sitzungen und den Fraktionsberatungen beschränkt. Die Folge einer solchen Methode müsse der Zusammenbruch bzw. der allzufrühe Verbrauch dieser wichtigen Kräfte sein. Eine weitere Folge sei das Liegenbleiben wichtiger Arbeiten und eine im Ganzen unbefriedigende Leistung trotz aller Anstrengung der wenigen Fleißigen. Unbedingt müsse die Wählerschaft für diese Argumente Verständnis zeigen und nur solche Kandidaten aufstellen, die ihr die Gewähr bieten, daß sie auch praktische, parlamentarische Arbeit zu leisten vermögen.

Es ist klar, daß das, was hier gesagt wird, für alle Parteien gilt. Ganz abgesehen davon, daß unser Parlamentarismus ja überhaupt noch in seinen Anfängen steht und zudem unter überaus schwierigen Verhältnissen zu arbeiten gezwungen ist, bietet die bisherige Methode der Kandidatenaufstellung zweifellos allenfalls einen Anlaß zu einer berechtigten Kritik. Wenn es auch wohl nie gelingen wird, auf dem Wege einer Wahl nur faktisch bedeutende und tüchtige Männer in die Parlamente zu bringen, so besteht doch ganz sicher die Möglichkeit, das geistige Befähigungsniveau der Parlamente dadurch wesentlich zu heben, daß man bei der Kandidatenaufstellung zum allermindesten nur solche Männer nominiert, die fleißig und geschäftsgewandt genug sind, um auch selbst ganz bestimmte parlamentarische Arbeiten übernehmen zu können.

Politische Neuigkeiten.

Rathenau und Loucheur.

Der Minister für den Wiederaufbau Rathenau hat sich nach Wiesbaden begeben, um mit dem französischen Minister für die besetzten Gebiete Loucheur zu einer zweitägigen Besprechung zusammenzutreffen. Vorgestern wurde die Frage der internationalen Wirtschaftslage im Zusammenhang mit dem Wiederaufbauproblem in fünfstündiger Aussprache der beiden Minister erörtert. Es kam dabei die Frage der Sachleistungen, Arbeitsleistungen und die Finanzierung zur Sprache. Heute sollen eine Reihe von Einzelfragen erörtert werden. Übereinstimmung herrscht in dem Bestreben, die Aufgaben des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete im großen Ausmaße und in verstärktem Tempo zu fördern.

Aber die Unterredung Rathenaus mit Loucheur glaubt Philippe Millet, der Auslandsminister des „Petit Parisien“, einige Angaben machen zu können, obwohl Loucheur dem „Matin“ Vertreter lediglich erklärte, er sei sehr befriedigt; er habe mit Rathenau sehr nützliche Verhandlungen gepflogen, er könne sogar sagen: sehr notwendige, die in Paris mit den Vertretern Rathenaus fortgesetzt werden und die den Sachverständigen die besten Anleitungen geben könnten. Nach dem „Petit Parisien“ sind folgende Punkte besprochen worden:

1. Er sah für die 20prozentige Abgabe von der Ausfuhr. Rathenau habe erklärt, diese jährlichen Änderungen unterworfenen Abgabe sei ein zu großer unbekannter Faktor für die künftigen Budgets Deutschlands; er für sein Teil zöge ein Schicksal, ähnlich dem des Abkommens von Paris vor, bei dem die feststehende Jahreszahl wesentlich höher wäre.

2. habe Rathenau auch das System der Obligationen, das in London festgesetzt wurde, bemängelt. Es scheint, daß er andere Kreditmittel für nützlicher halte, zum Beispiel Wertpapiere, die Deutschland selbst auf dem Markt unterbrächte. Loucheur habe sehr loyal erklärt, daß Deutschland in diesem Falle, also für Anleihen, nicht auf die Garantie der Alliierten rechnen dürfe.

3. habe der deutsche Minister über die Sachlieferungen gesprochen. Er habe betont, daß die augenblicklichen Verhältnisse auf dem Weltmarkt eine Frage von Leben und Tod für Deutschland seien und daß man deshalb Deutschland durch Sachlieferungen und Gestellung von Arbeitskräften seine Verpflichtungen erfüllen lassen solle. Hier habe der französische Minister, wie es scheint, verschiedene Fragen zur Betrachtung vorgelegt, in der Hauptsache wohl die der Verrechnung der Sachlieferungen, die nach den Abmachungen im Laufe des Lieferungsjahres erfolgen müßte. Loucheur habe gefragt, ob es nicht möglich sei, gemäß den industriellen Gepflogenheiten Zahlungen auf eine längere Zeitdauer zu beschaffen. Er habe ferner die Aufmerksamkeit Rathenaus auch auf die Preisfrage gelenkt.

Wie die „Bosfische Zeitung“ aus Paris meldet, kündigte Loucheur gestern abend in einem Telefongespräch an, daß die Vorschläge Rathenaus einen genauen Plan über den gesamten Wiederaufbau der zerstörten Gebiete enthalten in voller Berücksichtigung der französischen Gegenansprüche. Die Vorschläge Rathenaus seien für die französische Regierung annehmbar. Loucheur ist gestern abend von Wiesbaden nach Paris abgereist und wird heute nachmittag die deutschen Vorschläge dem Ministerpräsidenten Briand unterbreiten.

Deutschland und der Völkerbund.

Bei der Jahresversammlung des Rates der „League of Nations Union“, die einige Hundert Delegierte aus allen Teilen Englands unter dem Vorsitz Lord M. Cecil's vereinigt, wurde eine Entschließung mit sehr großer Mehrheit angenommen, die den Wunsch nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zum Ausdruck bringt. Die Entschließung, die von M. Untwin, einem der Wortkämpfer des Völkerbundgedankens in England während des Krieges, vorgeschlagen wurde, spricht aus:

„Daß der künftige Friede Europas und die wohlverstandenen Interessen der Alliierten verlangen, daß Deutschland ein Mitglied des Völkerbundes werde; und daß diese Union ihren Einfluß ausüben wird, dies im Einklang mit den Vorschriften der Satzungen bei der nächsten Tagung der Versammlung des Völkerbundes herbeizuführen.“

Diese Entschließung verpflichtet nunmehr die Union zu einer klaren und unabweislichen Politik. Darin liegt ein Novum und eine Bedeutung, die man, wie der B. A. Korrespondent der „F. Z.“ aus London schreibt, nicht unterschätzen darf, denn zur Union gehören mehrere Hundert englische Parlamentarier, darunter die führenden Staatsmänner der jetzigen Regierung. Der Grundgedanke der Resolution ist der Wunsch, den Frieden durch den Ausbau des Völkerbundes zu einer Weltorganisation nach besten Kräften zu befestigen. Der Ausschluß Deutschlands ist eine der größten Lücken in dieser Organisation.

Die Union wird in kurzer Zeit in einer großen internationalen Demonstration im Hyde Park, bei der Redner aus zahlreichen Ländern zu Wort kommen werden, vor aller Welt für den Gedanken des Völkerbundes werben. Von der Bewegung in England, die auch während der Krise der letzten Monate unverändert stark geblieben ist, ist ferner zu melden, daß die englische Union eine deutsche Abteilung gebildet hat, zum Studium der Deutschland betreffenden Verhältnisse. Der Section gehören hervorragende Sachkenner, wie Keynes, G. Murray, Sir G. Raiff, J. A. Hobson, G. B. Wood, General Gough und viele andere Träger wohlbekannter Namen an.

Der Rat des offiziellen Völkerbundes wird am nächsten Freitag zu einer Sitzung, deren Dauer auf zwei Wochen berechnet ist, in Genf zusammentreten. Ein Brasilianer hat den Vorsitz. Mr. Fisher wird an Stelle Balfours Großbritanniens vertreten. Zu den Verhandlungsgegenständen gehören: der polnisch-litauische Streit, die Island-Frage, in der Schweden neue Argumente vorzubringen versucht, die Mandatsfrage und anderes.

Frankreich und England.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, in Londoner diplomatischer Kreise sei man der Ansicht, die ziemlich lauwarme Aufnahme, die der Gedanke einer englisch-französischen Allianz auf beiden Seiten des Kanals gefunden habe, sei ein Zeichen dafür, daß der von den nicht-offiziellen Anhängern dieses Gedankens gewählte Augenblick nicht geeignet gewesen sei. Die Erörterungen über die Bündnisfrage, die dem „Daily Telegraph“ zufolge sowohl in englischen als auch in französischen amtlichen Kreisen über informelle und persönliche Besprechungen nicht hinausgegangen sind, sind infolge der vorzeitigen Bekanntmachung auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die „Morning Post“ meldet aus Washington: Nachfragen in amtlichen Kreisen bestätigten keineswegs die Berichte aus Paris, nach denen die amerikanische Regierung über ihre Hal-

tung bezüglich des geplanten englisch-französischen Bündnisses sondiert worden sei. Sollte an die amerikanische Regierung wegen dieser Frage herangetreten werden, so werde sich die Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach weigern, ihre Ansicht darüber auszudrücken. In den Vereinigten Staaten herrsche die Ansicht, daß eine englisch-französische Allianz oder eine andere europäische Allianz die Interessen der Vereinigten Staaten nicht berühre, sofern die Allianz nicht gegen die Interessen der Vereinigten Staaten gerichtet sei oder einen so ausgesprochenen militärischen Charakter habe, daß sie erneut den Weltfrieden bedrohen würde. Der Berichterstatter der „Morning Post“ sagt, die amerikanische Regierung habe nicht die Absicht, sich an irgend einem Bündnisse zu beteiligen, sei es mit England oder mit Frankreich und von ihrer augenblicklichen Politik des Nichteinmischens in die europäischen Angelegenheiten abzuweichen. England wünsche enge und freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich zu pflegen. Er werde daher jeden Versuch, eine englisch-amerikanische Allianz herbeizuführen, mißbilligen. Ein solcher Versuch sei bereits ohne Erfolg unternommen worden. Gardings Achtung und Freundschaft gegenüber England bedeute aber laut „Morning Post“ keineswegs, daß er für Frankreich weniger herzliche Gefühle habe.

Vereinbarung Korfantys mit General Gratier.

Der „Times“-Korrespondent in Schemnowitz berichtet, daß am 11. Juni Korfanty mit dem französischen General Gratier eine Unterredung gehabt habe. Es sei vereinbart worden, daß die Polen am 14. Juni das ganze Gebiet von Gleiwitz räumen, während die Deutschen am 15. Juni Annaberg verlassen und sich über die Oder zurückziehen werden. Die Insurgenten würden ihre Rückzugsbewegung fortsetzen, wenn die Kommission am 14. Juni eine Anweisung für alle am Aufbruch Beteiligten erläßt. Die deutschen Truppen sollen bis zum 22. d. M. aufgelöst werden mit Ausnahme der Polizei in den Städten. Der „Times“-Korrespondent ist der Meinung, daß eine Anweisung unbedingt erforderlich sei, um in Oberschlesien die Ordnung wieder herzustellen.

Die polnisch-französische Kulturschmach.

Bisher ist immer nur von der vollständigen Passivität der französischen Besatzungsbehörden während des Aufbruchs die Rede gewesen. Allmählich werden aber auch Fälle stärkerer Aktivität bekannt, zwar nicht gegen die polnischen Aufrechter, wohl aber gegen die friedliche deutsche Bevölkerung. In Anwendung des Belagerungszustandes ist, während die Überfälle der Insurgenten ungehindert fortgehen konnten, gegen jede kleine Ansammlung friedlicher Bewohner ein so unangenehmlicher eingeschritten worden. Die „Breslauer Morgenzeitung“ gibt folgende Schilderung aus Gleiwitz vor dem Einrücken der italienischen und englischen Truppen:

In Gleiwitz werden deutsche Einwohner verhaftet, eingesperrt und nach einigen Tagen wieder entlassen, ohne eine Aufklärung über den Grund ihrer Verhaftung erhalten zu haben. Das Gleiwitzer Kriegsgericht ist noch nicht ein einziges Mal zu einer Sitzung zusammengetreten. Der französische Kriegsgerichtsrat, zugleich Berichterstatter, Staatsanwalt und Ermittlungsrichter, fährt dauernd zwischen Gleiwitz und Oppeln spazieren und hält sich meist in Oppeln auf. Den Verteidigern der Verhafteten war es bisher nicht möglich, mit ihm auch nur ein einziges Mal persönliche Rücksprache zu nehmen. Ebenjener war es bislang einem Verteidiger möglich, die Strafkosten zu bekommen. Allabendlich, sobald die neunten Stunde vorüber ist, geht eine wilde Jagd in den Straßen los. Französische Posten und Patrouillen im Innern der Stadt spähen nach harmlosen Spaziergängern, die sich verhaften lassen. Wer ergriffen wird, wird auf die Wache geschleppt, selbst wenn er gerade vor der Tür seines Hauses angelangt war. Gibt man auf der Wache aber an, daß man Kote ist, so wird man ohne jedes Nachspiel entlassen und obendrein noch mit Schokolade beschenkt!

Aus Myslowitz berichtet das Blatt, daß dort allabendlich Deutsche von der Straße und aus den Wohnungen geholt werden, um von einem Trupp von 12 Insurgenten, der darin sein Abendvergnügen zu haben scheint, nach einem Schacht der Umgebung verschleppt zu werden. Dort werden sie bewußtlos gemacht, mit kalten Douchen wieder munter gemacht, von neuem ausgepeitscht, bis sie nicht mehr atmen können und dann auf die Straße gesetzt. Und alles das unter den Augen derer, die für die Parität in Oberschlesien sorgen sollen!

Von allen Teilen, in denen die Insurgenten ihr Unwesen treiben, wird so lehrn wir in der „Frl. Ztg.“, übereinstimmend berichtet, daß es vielen von ihnen nur auf Raub, und Plünderung ankommt. Ganze Wagenladungen von Sachen, sogar Kanoniere und Mädel schleppen sie fort. In den von Franzosen „besetzten“ Städten, wie z. B. Katowitz, haben sie ungehindert Geschäfte und Privatwohnungen geplündert können. So sieht die von Herrn Briand wiederhergestellte Sicherheit in Wirklichkeit aus.

Der Prozeß gegen Holz.

In dem alten Berliner Kriminalgerichtsgebäude begann gestern vormittag der Prozeß gegen den Raubhauptmann Max Holz. Rings um das Gebäude waren besondere Absperremassnahmen getroffen. Die Anklage gegen Holz lautet auf Mord, versuchten Todschlags, Aufbruch, Landesfriedensbruch, Hochverrat, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesele, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens, Bildung bewaffneter Truppen, Freiheitsberaubung, Nötigung, Erpressung, räuberische Erpressung, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, vorsätzliche Brandstiftung, vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahntransportes, Zerstörung einer Telegraphenanlage u. a. m. Die Anklage sagt in ihrem allgemeinen Teil, daß die Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland von Holz ganz nach militärischer Methode betrieben worden war.

Am Eingang zum Verhandlungsraum werden die Eintretenden einer Leibesvisitation unterzogen. Holz wird von vier Soldaten der Schutzpolizei zur Anklagebank geführt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er der Angeklagte sei, sagt Holz: Ehe ich antworte, möchte ich eine Erklärung abgeben. Während der Voruntersuchung habe ich prinzipiell jede Aussage abgelehnt. Wenn ich jetzt ausgeben will, so ändere ich nichts an meiner prinzipiellen Gesinnung. Ich fühle mich nicht als Angeklagter, sondern als Kläger gegen die bürgerliche Gesellschaft, deren Vertreter Sie sind. Holz verweigert jede Aussage über seine Personalien und über die sogenannte militärische Oberleitung. Als die Meldung über das Kesselstreben, das auf uns in Mitteldeutschland veranfaßt wurde, eintraf, haben wir einen Aufruf erlassen, in dem wir sagten, daß, wenn die Reichswehr vornarschiert, wir die Vorkriegsarmee massenweise abschaffen würden. Das sei nur als eine Drohung gemeint gewesen. Im Felde, in dem ich vier Jahre mitgekämpft habe, teilte Holz mit, sei er Kufaren- und Meldeleiter gewesen, bei Aniens verhaftet, wegen neuerer Folgeerscheinungen entlassen worden. Daß der Aufruf in Mitteldeutschland

von russischer Seite herbeigerufen worden sei, Bekreiter der Angeklagte, er wurde, wie Holz sagte, von den Behörden propagiert. Auf die Frage eines Beiführers, was er sich als Erfolg des ganzen Unternehmens gedacht habe, antwortet der Angeklagte: Die Herrschaft des Proletariats!

Die Beerdigung des Abg. Gareis.

Zu der Beisetzung des Abg. Gareis hatten sich gestern nachmittag trotz des Regenwetters Tausende am Münchener Friedhof eingefunden. Reichstagsabgeordneter Ledebour führte in seiner Gedächtnisrede aus, daß Gareis ein weiteres Glied in der Reihe der sozialistischen Blutzeugen sei. Mehrere Blige, die mit Fädeln zurückgeführt wurden an der Starbrücke von der Polizeiwehr aufgelöst. Der Starbrückenverkehr ruhte von 8 bis 7 Uhr vollständig. Die Starbrücken waren von der Landespolizei mit Panzerautos besetzt und mit Drahtverbau gesperret. In einer von Montag datierten amtlichen Verlautbarung heißt es: Die Regierung hat alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit getroffen. Demonstrationsveranstaltungen und Demonstrationen zur politischen Ausübung des Wahredes sind verboten. Im übrigen ist der Generalfreitag auch von der Streikleitung für heute abend bereits abgefast worden.

Der Proteststreik in Bayern.

Aus Nürnberg wird gemeldet: die Christlichen Gewerkschaften und die Christ-Dundertischen Gewerkschaften haben die Teilnahme an dem von der D.S.P. und der U.S.P. für heute Montag proklamierten Generalfreitag abgelehnt. In den Großbetrieben, wie z. B. der Maschinenbau A.-G., den Siemens-Schuckertwerken, den Bingwerken wird die Streikparole befolgt. Dort ruht die Arbeit. In den Kleinbetrieben wird zumeist gearbeitet. Die Straßenbahn verkehrt nicht. Sämtliche bürgerlichen Zeitungen sind erschienen. Die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ und der „Unabhängige Sozialdemokrat“ geben jezt ein zweiseitiges Mitteilungsblatt heraus, in dem u. a. die Arbeiterchaft aufgefordert wird, die Straßen frei zu halten, Gruppenbildungen zu vermeiden, sich durch die bezahlten Märchenerzähler nichts vormachen zu lassen und am Dienstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Versammlungen finden nicht statt. In der Nachbarstadt Fürth ist die Streiklage ähnlich. In Koburg ruht die Arbeit in fast allen Betrieben. Die Straßenbahn, das Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk liegen still. Die Zeitungen sind nicht erschienen.

Schwarze Franzosen als Wächter ihrer weißen Brüder.

Über einen Zusammenstoß zwischen weißen und farbigen Franzosen, der am 4. Juni auf dem Saarbrücker Bahnhof stattfand, werden einige Einzelheiten bekannt: Ein aus weißen Franzosen bestehender Truppentransport plünderte die Kantine auf dem Saarbrücker Bahnhof. Auf diese Ausschreitung hin wurden die nachfolgenden Truppentransporte auf dem Bahnhof durch eine dicke Postenkette farbiger Kolonialsoldaten in Empfang genommen. Die farbigen Franzosen hinderten ihre weißen Landsleute mit vorgehaltenem Gewehr daran, den Zug zu verlassen. Trotz der so oft betonten wahren Kameradschaftlichkeit zwischen weißen und farbigen Franzosen wollten die weißen Franzosen sich das Einschreiten ihrer farbigen Landsleute nicht gefallen lassen, und so kam es zu den widerlichsten Schimpfereien. — Die Franzosen haben durch die Verwendung der Farbigen gegen ihre eigenen Landsleute die Farbigen als Wächter über sich selbst gesetzt. Wenn eines Tages die farbigen Kulturträger die Waffen, zu deren Gebrauch sie durch Frankreich ausgebildet wurden, gegen ihre Lehrmeister und gegen die weißen Rassen kehren, dann kann Europa sich bei den berufenen Hütern der Zivilisation dessen bedanken.

Die Preise der Monats- und Wochenfahrkarten.

Über die bereits angekündigte Herabsetzung der Preise der Monats- und Wochenfahrkarten wird amtlich folgendes bekannt gegeben: Die am 1. Juni d. J. im allgemeinen Verkehr in Kraft getretene Tarifherabsetzung, die für Monatsfahrkarten eine Verringerung von 20 Teilfahrten, die Wochenfahrkarten eine solche nach zehn Dreizehnteln des Monatskartenpreises vorzieht, bleibt an sich bestehen. Mit Rücksicht aber auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes, die insbesondere die auf die Benutzung von Monats- und Wochenkarten angewiesene Bevölkerung trifft, hat der Reichsverkehrsminister die Einführung folgender Tarifänderungen angeordnet:

Die Monatsfahrkarten werden demart berechnet, daß ihnen nicht 20, sondern 16 Einzelfahrten im Monat zu Grunde gelegt werden, so daß bei einer Benutzung zur Fahrt zwischen Wohnplatz und Arbeitsstätte an acht Tagen die übrigen Fahrten im Monat frei sind. Die Wochenfahrkarten werden nicht zu zehn Dreizehnteln, sondern zu sieben Achtel des Monatskartenpreises berechnet. Hier fährt also der Inhaber bereits nach Benutzung an zwei Tagen der Woche während des übrigen Teiles der Woche frei; auch Kurzarbeiter können daher mit Vorteil von ihnen Gebrauch machen.

Diese Tarifherabsetzungen, die nicht über die Dauer der zur Zeit bestehenden Wirtschaftslage hinaus gelten sollen, werden mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden. Mit Rücksicht auf die herbei zu überwindenden Schwierigkeiten werden aber die neuen Tarife nicht vor dem 1. September eingeführt werden können.

Zum gleichen Zeitpunkt werden die auf anderen Grundbesitz ausgebauten Zeitkarten des Berliner und Hamburger Vorortverkehrs, die am 1. Juli d. J. in Kraft treten, in dem gleichen Verhältnis ermäßigt werden, wie dies bei den Monats- und Wochenarten des Fernverkehrs geschieht.

Kurze polit. Nachrichten.

Kommunistischer Zusammenbruch bei den Wahlen im Kreis Mansfeld. Am Sonntag fanden die Kreiswahlen im Kreis Mansfeld statt. Sie brachten eine Wahlbeteiligung von 50 Proz. Der Zusammenbruch der K.P.D. ist katastrophal. Von 21 987 bei den letzten Preußenwahlen erhaltenen Stimmen erhielt diese Partei nur 6719. Es haben jezt in Kreislagre 15 Vertreter der linken Parteien gegen 11 Vertreter der Rechten. Bisher hatten die Kommunisten im Kreislag die absolute Mehrheit. Sie verloren von 13 Mandaten sechs.

Die Parteien des Rheinlandes erlassen eine gemeinsame Erklärung, daß eine Volksabstimmung über die Trennung der Rheinlande von Preußen, auch nach Ablauf der in der Reichsverfassung vorgesehenen Sperrfrist, während der Dauer der Befehlung durch die Alliierten nicht stattfinden dürfte.

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Das Grundstücksperregesetz gefallen.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Eine bewegte Sitzung hat der badische Landtag hinter sich. Die Fraktionen hatten schriftlich und telegraphisch ihre Mitglieder aufgefordert, zur Stelle zu sein, denn es handelte sich um eine wichtige Abstimmung. Und so waren denn auch 91 Abgeordnete erschienen, eine Zahl, die bei einer Vollziehung selten erreicht wird. Von Anfang an war es lebhaft; die Frage wurde in den Wandelgängen aufgeworfen: Wird das Grundstücksperregesetz Annahme finden? Man wußte, daß eine erhebliche Gegnerschaft ihm erstand, und da eine Zweidrittelmehrheit — nach den Bestimmungen der Verfassung — zu seiner Annahme notwendig war, stiegen berechtigter Zweifel auf, ob sich diese Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden für das Gesetz entscheiden würde, obwohl in der Verfassungskommission von den anwesenden 19 Mitgliedern 15 für das Gesetz votierten, drei dagegen und 1 Mitglied sich der Stimme enthielt. — Der Präsident machte auch bald nach dem Beginn der Sitzung die Abgeordneten auf die Notwendigkeit ihrer unbedingten Anwesenheit bei der Abstimmung aufmerksam.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Bernauer, konnte sich im wesentlichen auf den gedruckt vorliegenden umfangreichen Bericht berufen, in welchem vieles Material über das stark umstrittene Gesetz zusammengetragen ist. Gleichwohl gab er noch eine zusammenhängende Vorlesung über den Verlauf der Beratungen im Verfassungsausschuß, die erkennen ließ, unter welchen Schwierigkeiten der neue Entwurf zustande gekommen war. Über die wesentlichen Bestimmungen desselben hat die „Bad. Ztg.“ ihre Leser am verflochtenen Samstag unterrichtet.

In der folgenden Aussprache präzisieren die Vertreter der Fraktionen kurz ihre Stellungnahme, beim Zentrum sowohl wie bei den Demokraten waren die Ansichten geteilt. Die Sozialdemokratie trat geschlossen für, ebenso geschlossen die Deutschnationalen gegen den Entwurf auf. Dadurch ergab sich von selbst eine parteipolitische Zuspitzung der Diskussion. Vom Zentrum sprachen die Abg. Strauß, Dr. Schöfer, Görlicher, Dr. Baumgartner und Weiskopf, von den Sozialdemokraten die Abg. Maier und Dr. Kraus, von den Demokraten Abg. Dr. Glöckner, von den Deutschnationalen Abg. Schöpfle. Den Standpunkt der Regierung vertrat sehr wirksam der Arbeitsminister Dr. Engler.

Von dieser etwa zweistündigen Debatte hing aber weniger das Schicksal des Gesetzes ab, als von der Abstimmung. Auf diese konzentrierte sich denn auch die gespannte Aufmerksamkeit des Hauses, zumal sie eine namentliche war. Erforderlich waren, um dem Gesetz die Gültigkeit zu sichern, 64 Stimmen, da 91 Abgeordnete anwesend waren. Diese erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde aber nicht erreicht. Für den neuen Entwurf stimmten 62 Abgeordnete, 2 dagegen. Das Grundstücksperregesetz war damit gefallen; an drei Stimmen hing sein Schicksal. Es war begreiflich, daß nach der Abstimmung eine ziemliche Erregung unter den Befürwortern des Gesetzes sich geltend machte, weil ihre Bemühungen, es zu retten, an zwei Stimmen gescheitert waren. Ein Vermittlungsantrag der Abg. Dr. Lefer, Dr. Glöckner und Dr. Baumgartner, die Paragrafen zu streichen, welche die Zwangsenteignung durch den Staat aussprechen, um den Gegnern des Gesetzes seine Annahme zu erleichtern, fand Ablehnung durch die Sozialdemokratie und wurde deshalb wieder zurückgezogen.

Da das bisher in Geltung befindliche Grundstücksperregesetz am morgigen Tage abläuft und eine Anzahl Verkäufe von Grundstücken und Häusern, wie im Verfassungsausschuß mitgeteilt worden war, auf diesen Termin eingestellt worden sind, um nicht mehr seinen einschränkenden Bestimmungen zu unterliegen, ist zu befürchten, daß von jetzt ab ungesunde Spekulation sich des badischen Grundstücksverkehrs bemächtigt und die Preise für Felder und Wiesen, sowie für städtische Grundstücke ungebührlich in die Höhe gehen. Die schlimmen Rückwirkungen auf die Preise der Lebensmittel und auf die Wohnmieten würden sich dann von selbst ergeben.

Der Sitzungsbericht.

DZ. Karlsruhe, 18. Juni.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung mit der Bekanntgabe einer großen Zahl von Eingaben.

Abg. Dr. Bernauer (Ztr.) erstattet dann einen ausführlichen Bericht über das Grundstücks- und Sperrgesetz, wie es aus dem Verfassungsausschuß hervorgegangen ist. Die Grundzüge des alten, am 16. Juni d. J. ablaufenden Gesetzes — Kontrolle des Grundstücksverkehrs, Verkaufsgenehmigung, Vorverkauf- und Enteignungsrecht des Staates — werden beibehalten und außerdem auf Grund der Erfahrungen verschiedene Verbesserungen geschaffen. Die neue Fassung des Gesetzes ist im Ausschuß mit 15 gegen 8 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen worden. Eine Eingabe des Schutzverbandes für deutsche Grundbesitzer und des Bundes deutscher Bodenreformer wurde hierdurch für erledigt erklärt.

In der Aussprache erklärt sich Abg. Strauß (Ztr.) namens eines Teiles seiner Parteifreunde gegen das Gesetz, das nichts anderes als eine Art Zwangswirtschaft darstelle. Der Erfolg sei ein minimaler gewesen. Dem Staate seien trotz des Sperrgesetzes infolge unrichtiger Angaben große Werte an Verkehrssteuern entgangen worden. Alle in Betracht kommenden Instanzen (Notariate, Landesfinanzamt, Fondskammern, bäuerliche und gewerbliche Organisationen) hätten dem Gesetz jede Berechtigung abgesprochen. Die öffentliche Moral werde geradezu untergraben. Im übrigen laufe die Tendenz des Sperrgesetzes auf die Sozialisierung des Grund- und Bodens hinaus. Diese müsse zum Ruin des Landwirtschaftlichen und Hausbesitzes führen. Ob aber die staatliche Regie den Wohnungsbau verbilligen wird, sei fraglich zu bezweifeln. Neben diesen allgemeinen Einwänden, macht Redner am Gesetz selbst, namentlich am städtischen Vorverkaufsrecht, seine

schweren Bedenken geltend. Der Begriff „öffentliches Interesse“ sei außerordentlich dehnbar. Wir wollen das freie, unbeschränkte Eigentumsrecht auch hinsichtlich des Grund- und Bodens. Geht das Gesetz mit diesen Mängeln ins praktische Leben hinaus, so wird schon in 10 Jahren eine völlige Vereinnahmung des Grundbuches nötig sein, sofern man kein falsches Bild der wirklichen Verhältnisse erhalten will.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) führt aus: Hier sehe man wieder, wie sich die Geister an den Interessengegensätzen scheiden. Streitpunkte seien das Vorverkaufs- und Enteignungsrecht des Staates. Beide aber erwiesen sich als notwendig. Die Enteignungsdrohung bewirke, daß die Preise nicht übertrieben hoch gestellt werden. Ohne sie sei das Vorverkaufsrecht hinfällig. Eine Gesetzesmacheret, die den Zweck verfolge, die alten, privatwirtschaftlichen Berechnungsmethoden zu schärfen, könnten wir nicht mitmachen. Zustimmung bei den Soz. Widerspruch rechts.) Der Kollege Strauß wolle aus dem Kriegselend heraus. Mit seiner Stellungnahme würde er aber das Gegenteil erreichen.

Abg. Dr. Glöckner (D.): Auch in meiner Fraktion sind die Meinungen über das Sperrgesetz geteilt. Etwas die Hälfte glaubt, daß in vorliegender Frage, die mit der Geldentwertung zusammenhänge, die Landesgesetzgebung nicht zuständig sei. Als weiteren Grund gegen das Gesetz werde u. a. geltend gemacht, daß es zu Unheiligkeit verleite. Aber auch jene, die mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden sind, haben manches an der Anwendung desselben anzufehen. Es kann nicht bestritten werden, daß das Gesetz in vielen Fällen wohlthätig gewirkt hat und im Interesse der Bodenpolitik seine Aufrechterhaltung erwünscht ist. Daß das Gesetz der Sozialisierung zuträhe, sei nicht richtig. Redner bittet, die vorhandenen Bedenken soweit wie möglich zurückzuführen.

Abg. Schöpfle (D. N.): Die Zustimmung gegen das Sperrgesetz beruhe auf seiner verschiedenartigen und teilweise falschen Anwendung. Wir können uns mit der Vorlage nicht befassen, da wir bei Zwangswirtschaft beiseite wissen wollen.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) erklärt, daß er aus den gleichen Gründen wie vor zwei Jahren gegen das Gesetz stimmen werde. Diejenigen, die man am ersten treffen sollte, würden es vortrefflich verstehen, zu entscheiden. Hier handle es sich um eine Zweckmäßigkeit, nicht um eine Prinzipienfrage. Der Abg. Maier hat gedroht, seine Partei würde nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten, wenn das Gesetz zu Fall käme. Auch wir könnten auf diese Weise drohen. Aber damit zu operieren sei Koll und Vaterland nicht gebietet. Die weitere Polemik wird von lebhaften Zwischenrufen auf beiden Seiten begleitet.

Abg. Görlicher (Ztr.) wendet sich gegen das Gesetz. Abg. Dr. Kraus (Soz.) hebt nach einer Auseinandersetzung mit den Zentrumsdemokraten nochmals die günstige Seite des Gesetzes hervor. Durch den Wegfall der Beschränkung und die genaue Definierung der „gemeinwirtschaftlichen Interessen“ seien die besten Anlässe, das Gesetz zu umgehen, genommen.

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) bekennt sich als Anhänger der Vorlage. Bei vollständiger Preisgabe des Grundstücksverkehrs sei eine erhebliche Vertierung der Mieter zu befürchten. Das Gesetz bringe gegenüber dem bisherigen Zustand wesentliche Verbesserungen. Auch hier komme es auf die richtige Anwendung an.

Arbeitsminister Engler: Die Regierung stimmt dem von Verfassungsausschuß abgeänderten Gesetzentwurf zu. Wenn der Kaufpreis zu niedrig angegeben wird, so kommt dies nicht von dem Sperrgesetz, sondern hat seine Ursache in der Absicht der Steuerhinterziehung. Das neue Gesetz hat klar umrissene Bestimmungen. Umgangen werden kann jedes Gesetz; mit dem Argument des Umgehens kann man jede Strafbestimmung bekämpfen. Es haben sich auch sehr namhafte Körperschaften für das Weiterbestehen des Gesetzes ausgesprochen. Im demokratischen Staat müssen Auktionen des dem Gesetze zustimmenden Gewerkschaftsbundes, des Beamtenbundes — auch der Bauernverein sprach sich für das Gesetz aus, Herr Abg. Schöfer — so hoch eingeschätzt werden als diejenigen der Arbeitgeber. Wenn man die Mietpreise freiläßt, so würden diese um das 10fache steigen und der Arbeiter müßte 5-6000 M. für Miete zahlen. Der Bodenreform will, muß das Gesetz als einen ganz bescheidenen Anfang betrachten; mit Sozialisierung hat das Gesetz gar nichts zu tun. Man für jedoch die Bodenreformer nur an und in der Praxis versagt man ihnen die Erfolgshaft. Wenn jemand sein Haus verkaufen will, warum soll dann die Stadt nicht das Recht haben, das Haus zu kaufen? Denn heute hat schon wegen der Wohnungsnot die Stadt ein öffentliches Interesse am Besitz von Grund und Boden. Auch als Grenzland haben wir das Gesetz notwendig. Ich kann an dem Gesetz nicht das geringste unumstößliche finden. Bei freien Preisen kann heute ein Landwirt, der im Krieg draußen war, nicht so viel Geld aufbringen, um sich Land zu kaufen. Der Zweck des Gesetzes besteht darin, den Bauer, der als Landwirt leben will, existenzfähig zu halten. Ich bitte dringend, das Gesetz, an dem der Haushaltsausschuß wochenlang um Verbesserungen arbeitete — ich halte nicht alle Verbesserungen für wirkliche Verbesserungen — anzunehmen.

Abg. Weiskopf (Ztr.) tritt für das Gesetz ein, so lange die Gefahr der Spekulation mit Grund und Boden besteht. Damit schließt die Aussprache.

Auf Antrag des Abg. Marum (Soz.) findet bei § 1 namentliche Abstimmung statt. Dieser wird mit 62 gegen 22 Stimmen angenommen, also nicht mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Im letztere eventuell herbeizuführen, beantragt Abg. Dr. Glöckner (Dem.) den stilligen § 5 (Enteignungsrecht) zu streichen. Das Gesetz enthalte im übrigen doch recht Wertvolles.

Abg. Marum (Soz.): Der § 5 ist von außerordentlicher Tragweite. Ohne die Enteignung wäre das Gesetz ein Messer ohne Schneide. Wir lehnen die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes ab.

Abg. Dr. Glöckner zieht daraufhin seinen Antrag zurück, der nur retten wollte, was zu retten ist. — Abg. Dr. Baumgartner teilt die Auffassung des Vorredners. § 5 wird schließlich mit Mehrheit angenommen.

In der Schlussabstimmung ergibt sich wiederum ein Stimmverhältnis von 62 zu 22, womit das Gesetz endgültig abgelehnt ist.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird die nächste Sitzung auf Montag, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, anberaumt. Tagesordnung: Interpellation wegen der Arbeiterentlastungen bei Benz. Anfragen und Petitionen. Schluß 8 Uhr.

Vollversammlung der Landwirtschaftskammer.

DZ. Die badische Landwirtschaftskammer hielt gestern vormittag im Saale des Hotel Friedrichshof ihre 18. ordentliche Vollversammlung, die erste Versammlung der neu gewählten Kammer, ab.

Alterspräsident Fiegelmeier-Rangenbrüden begrüßte die Anwesenden, insbesondere den Minister des Innern und die anwesenden Vertreter der Regierung. Zwei Mitglieder der

Kammer sind ersichtlich, darunter der bisherige Präsident Saenger-Diersheim wegen Krankheit. Die beiden jüngsten Mitglieder werden zu Sekretären bestimmt.

Minister Kemmle begrüßt die Versammlung namens des badischen Regierung, spricht den Herren, die bisher in der Landwirtschaftskammer gewirkt haben für ihre zielbewusste Tätigkeit die Anerkennung aus, und wünscht, daß sie den Aufgaben der Landwirtschaftskammer auch weiterhin ihr Interesse bewahren möchten. Die Landwirtschaftskammer stehe vor großen Aufgaben. Eine Reihe ihrer Betriebe müsse für die Friedensarbeit umgestellt werden. Der Minister hob hervor, daß die Regierung auch weiterhin der Kammer ihre Unterstützung angezeihen lassen werde. Ob es dem Finanzministerium möglich sein werde, der Landwirtschaftskammer eine der hohen Geldentwertung entsprechende Summe zu leisten, lasse sich heute noch nicht übersehen. Das Ministerium des Innern habe, um der Landwirtschaft entgegenzukommen, aus dem demnächst zur Verteilung kommenden Erlös der Fleischversorgung 300 000 M. reserviert, die in jährlichen Raten von 50 000 M. der Landwirtschaft zugute kommen soll. Der Viehstand des Landes habe sich erfreulichweise gut entwickelt. Auch für die Verbesserung der Rucht würden größere Summen zur Verfügung gestellt werden. Hochburg soll zu einer landwirtschaftlichen Schule ausgebaut werden. Es sollen Unterstützungen für Viehverluste bei unerschuldeten Verlusten bis zu 100 000 M. gewährt und für besondere Maßnahmen bei der Bekämpfung der Tierkrankheiten 200 000 M. freigegeben werden. Den Viehkrankheiten, insbesondere den Seuchenkrankheiten wie Rotlauf usw., müsse man in Zukunft besonders große Aufmerksamkeit zuwenden. Den Gemeinden und Orten sollten tierärztliche Beiräte gewährt werden.

Der Minister kam dann auf die Reineichtung zu sprechen, daß in die Landwirtschaftskammer jetzt auch Arbeitnehmer gewählt werden. Den Bestimmungen, die Arbeitnehmer paritätisch in die Kammer zu wählen, könne er nicht beistimmen. Das sei auch in anderen deutschen Ländern nicht der Fall. Die Voraussetzungen hierfür seien nicht vorhanden. Baden sei neben Württemberg das einzige Land, in der die Arbeiterschaft eine Vertretung in der Landwirtschaftskammer habe. In Baden sind in 260 170 landwirtschaftlichen Betrieben 671 280 Arbeiter beschäftigt, darunter ständig beschäftigt 514 839. Der Minister wünscht, daß die Gegensätze ausgeglichen werden und Arbeitgeber und Arbeitnehmer in friedlicher Arbeit zusammenwirken zum Wohle unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Alterspräsident Fiegelmeier dankte dem Minister für seine freundlichen Worte und betonte, daß die Landwirtschaft nur dann gedeihen werde, wenn alle Streitigkeiten beiseite gelassen würden.

Sodann trat die Kammer in die Tagesordnung ein. Zu Wahl von Mitgliedern. Es werden gewählt nach dem Vorschlag des Badischen Waldbesitzerverbandes Bürgermeister Lehmann in Billingen, Graf Douglas, Schloß Langenstein bei Stodach, Fortmann Jäger, Geschäftsführer des badischen Waldbesitzerverbandes in Billingen. Auf Vorschlag des Ministeriums der Finanzen Oberforstrat Dr. Gahorn-Karlsruhe. Auf Vorschlag des Vereins selbständiger Gärtner Baden Friedrich Hege-Heidelberg, I. Vor. des Verbandes Bad. Gärtnerbetriebe. Für den Genossenschaftsverband Friedrich Hege, für den Zentralgenossenschaftsverband Frhr. v. Mengingen. Zu Sachverständigen für Ackerbau Albert Nerpel-Rohrbach, für Tierzucht Jos. Müller, Landwirt in Weidenhofen, für Obst- und Weinbau: Fritz Güntert, Vorsitzender des Weinbauverbandes in Laufen, Sachverständiger der Arbeitnehmer Gutsdörfer-Schweizer-Mannau. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet Dienstag, vormittag 10 Uhr statt. Wahl des Vorstandes usw. Wahl der Ausschüsse usw.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Jahrplanänderung.

Der Güterzug mit Personenerleichterung 6372, geht freitags ab 11,18 vorm., kehrt am Montag, den 18. Juni an von Freiburg bis Willheim 18 Minuten früher, also freitags ab 11 Uhr, Willheim an 11,58 vorm. Die Halte bleiben die gleichen.

Ettlingen, 13. Juni. Wie der „Landmann“ meldet, wurde auf der ehem. strategischen Eisenbahn Karlsruhe-Dürmersheim-Mast in der Nähe des Forchheimer Bahnhofes die Leiche eines überfahrenen jungen Mannes im Alter von etwa 20 Jahren aufgefunden. Der Unglückliche ist von den Wagenrädern am Genick, der linken Leistengegend sowie an den beiden Schenkelbeinen erfaßt, und etwa noch 50 Meter mitgeschleift worden. Allem Anschein nach dürfte ein Unfall, oder auch ein Verbrechen vorliegen, da sich bei der Leiche keinerlei Barmittel vorfanden, ebenso nicht irgendwelche Papiere, welche zur Feststellung der Person des ums Leben gekommenen führen könnten. Der junge Mann war gut gekleidet, trug braunen Anzug und hatte blondes zurückgekämmtes Haar. Die Leiche ist in die hiesige Leichenhalle überführt, und am Samstag von der gerichtlichen Kommission in Augenschein genommen worden. Der Bedauernswerte ist bis jetzt noch unbekannt geblieben und wurde gestern auf dem hiesigen Friedhof beigesetzt.

Baden-Baden, 13. Juni. In dem idyllisch, mitten von herrlichen Wäldern umgeben, eine halbe Stunde von Baden entfernt gelegenen „Selighof“ tagte gestern die Hauptversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe im Deutschen Buchdruckerverein unter Leitung des ersten Vorsitzenden, Herrn Dr. Ficht-Karlsruhe. Bei der Beratung der reichhaltigen Tagesordnung setzte eine rege Aussprache ein, die geleitet war von dem Bewußtsein der wichtigen Zukunftsaufgaben des Gewerbes und des engen Zusammenhanges, in dem seine ungehinderte Entwicklung mit dem Wiederaufbau unserer geistigen Kultur steht. Nach getaner Arbeit fand ein gemeinschaftliches Essen mit den Familienangehörigen statt. Ein von herrlichem, kühlem und doch schönem Wetter begünstigter Spaziergang zum Kornmattelfen und zur Watschharthütte beschloß die schöne Vereinstagung.

Aus der Landeshauptstadt.

Ein Veteran der Presse. Ein Journalist, den lange Jahre in der badischen Presse tätig war, ist am Samstag in der Person des Herrn Adolph Fiege hier gestorben. Er stammte aus dem Seckelbühl und war in den 80er Jahren am „Freiburger Boten“ tätig, darauf beim „Bad. Beobachter“, dann beim „Neuen Mannheimer Volksblatt“, später in Würzburg und endlich in Metz bei der „Lothringischen Volksstimme“. Beim Einrücken der Franzosen in die lothringische Hauptstadt wurde er vertrieben und zog sich nach Karlsruhe zu seinen Angehörigen zurück.

Das Landes-theater. Die diesjährige Operettenspielzeit des Landes-theaters im Konzerthaus beginnt am Sonntag, den 3. Juli. Zur Eröffnungsvorstellung wurde „Der letzte Balzer“ von Oscar Strauß gewählt. Diese Operette ist für hier Neuheit.

Badische Zeitungsstimmen.

Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

„Die Annexion Badens durch Württemberg.“

In der „Badischen Landeszeitung“ schreibt Dr. Heinrich Dröse unter obiger Überschrift u. a. folgendes:

„Zu den interessantesten und lehrreichsten Vorgängen im öffentlichen Leben der Gegenwart gehört ohne Zweifel die Bewegung, die zum Zwecke der Annexion des Landes Baden von seinem östlichen Nachbar ins Werk gesetzt worden ist. Sie ist interessant, um deswillen, weil sie zeigt, daß der Gedanke des Imperialismus, der vor dem Kriege und noch lange während seiner Dauer in den Köpfen einiger Deutscher geräuschvoll gespuht hat, offenbar nicht umzubringen ist, sondern sich ein anderes, wenn auch bescheidenes Betätigungsfeld gesucht hat. Sie ist lehrreich, weil man aus ihr wieder einmal erkennt, daß eine geschickte Reklamerie und die Spekulation auf die Gedankenlosigkeit der Menschen selbst absurden Ideen einen vorübergehenden Erfolg zu sichern vermögen.“

Der innerdeutsche Imperialismus ist an sich nicht neu; nach 1866 ist ihm jedoch durch die bald darauf erfolgte Neugründung des Deutschen Reichs die Möglichkeit weiterer Auswirkung genommen worden. Es ist zweifellos, daß in den damals „enteigneten“ Ländern, wie z. B. in Hannover, einmal umzufragen, um sich über die Folgen solcher Vereinigungen zu unterrichten. Ich habe dort vor Jahr und Tag mit namhaften Persönlichkeiten gesprochen, die vor dem Jahre 1866 den Gedanken der Stärkung Preußens durch Einverleibung der von ihm umklammerten Gebietsteile begeistert vertraten und sich dadurch der Gefahr ausgesetzt hatten, in ihrem Heimatlande des Hochverrats geziehen zu werden. 20 und 30 Jahre nach der Annexion als der Reiz der Neuheit geschwunden und die auf die Zugehörigkeit zu dem preussischen Staatswesen gerichteten Hoffnungen gründlich gewelkt waren, haben mir diese Leute, wenigstens zum Teil durch die Annexion zu Amt und Würden gekommen, sich also persönlich nicht zu beklagen hatten, ihre tiefe Enttäuschung über das Mißverhältnis der Vor- und Nachteile eines Aufgehens in einem anderen Staate, vom Standpunkt der Allgemeinheit aus betrachtet, zum Ausdruck gebracht.

Bei einer Vereinigung Badens und Württembergs würde Baden zweifellos völlig unter die Vormundschaft des schwäbischen Nachbarn kommen. Nicht allein wegen des numerischen Übergewichts Württembergs, sondern auch wegen der fürchteren Art, wie man dort seine Interessen wahrzunehmen pflegt. Der Einfluß der nach meinen unparteiischen Beobachtungen mit einem großen Maß von selbstloser Gütmütigkeit ausgestatteten badischen Bevölkerung würde unverhältnismäßig gering sein. Wenn Stuttgart, zu dessen Vorteil die ganze Bewegung in erster Linie inszeniert zu sein scheint, die Fügung in die Hand bekäme, dann würden die neuen Gemüter, die sich bei uns von solch einer staatlichen Neuordnung angenehme Wunderdinge versprechen, auch eines Tages in die Lage kommen, ihrer Enttäuschung nach Muster der Annexionshelden von 1866 Ausdruck zu geben und die Wahr-

heit des Sprichwortes von dem Lebewesen, die ihre Rehger selbst gewählt haben, in ihrem ganzen Ausmaß zu erkennen. Die bis zum heutigen Tage nicht erfolgte Erfüllung der von Württemberg dem badischen Staate vertraglich verbürgten Versprechungen bezüglich der von Baden dringend begehrten Fortführung der Wurgstalbahn von der Landesgrenze ab — ein Vorgang, der zu einem regelrechten Mißtrauensstadium des badischen Landtags gegen die württembergische Regierung geführt hat — spricht für die künftige Behandlung der Interessen einer württembergischen „Provinz Baden“ Wände.

Mit solch nachträglicher Erkenntnis ist aber wenig gedient; daher möge insbesondere den Vertretern von Industrie und Handel in den Städten Mannheim und Pforzheim, wo sich zeitweilig eine Vorliebe für den großwürttembergischen Gedanken gezeigt hat, als Ratgeber dienen, wie die Direction der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim die Ausichten der württembergischen Industrie in ihrem neuesten, jedoch erschienenen Geschäftsbericht beurteilt. Sie schreibt:

„Infolge der württembergischen Steuergesetzgebung und Steuerveranlagungspraxis ist die württembergische Industrie, die schon wegen ihrer geographischen Lage schwer zu arbeiten hat, gegenüber der übrigen deutschen Industrie beispiellos vorbelastet. Bei den heutigen Löhnen und Gehältern geradezu unerträglich ist die württembergische Steuerbelastung; für das Steuerjahr 1920 sind unsere Werke untertürkheim und Sindelfingen, obwohl wir mehrere Verlusstjahre hinter uns haben, mit nicht weniger als 9 599 759 M. Steuerbelastung belastet worden. Die württembergische Steuerpraxis bedeutet für unser an sich gesundes Unternehmen die Unmöglichkeit eines gesunden Arbeitens. Wenn nicht wesentliche Erleichterungen eintreten, muß eine möglichst weitgreifende Verlegung unserer württembergischen Betriebe nach anderen Gegenden Deutschlands vorgenommen werden.“

Daß es sich dabei nicht um eine leere Drohung handelt, haben die Daimlerwerke inzwischen bemerkt, indem sie ihre Kugelmagnumfabrik nach ihrer Zweigfabrik in Berlin-Marienfelde verlegten. . . .

Die Pforzheimer haben gesehen, daß unter der Zwangswirtschaft Württemberg wegen seiner umfangreichen Landwirtschaft besser mit Lebensmitteln versorgt war als Baden. Schon jetzt im Übergangsstadium vermindert dieser Unterschied aber mehr und mehr, und binnen kurzem wird er nur noch in unserer Erinnerung leben. Wollte man die landwirtschaftlichen Produkte Badens und Württembergs gleichmäßig über beide Länder verteilen und ihnen sonst nichts zuführen, so würden insbesondere die Pforzheimer große Augen machen. Die Überschüsse Württembergs, die den Pforzheimern jetzt die günstige Gelegenheit zum Milch- und Viehhofbau geben, müßten in dem stark zuzunehmenden Baden verbleiben, ohne entfernt allgemeine Zufriedenheit auszulösen zu haben.

Den erfahrenen Sachkenner reizt es stets dazu, malitios zu werden, wenn behauptet wird, daß durch die Vereinigung der Länder eine nennenswerte finanzielle Erleichterung zuteil werde. Man muß überhaupt allen Vorlesungen zu der vielbesprochenen Vereinfachung der Staatsverwaltung

mit Vorsicht oder besser mit Mißtrauen begegnen. Vielfach kommt nur die Verchiebung der Ausgaben von einer Position auf eine andere dabei heraus. Käme etwa Stuttgart als gemeinsame Hauptstadt in Frage, so würden die nicht allein tarifmäßig, sondern auch durch die größere Entfernung stark wachsenden Reisekosten unendlich viel mehr verschlingen, als durch die Erparung einiger Ministerposten und Abgeordnetenmandate erspart werden kann. Mit Ersparnissen auf dem Papier ist nichts gebietet.

Die behauptete Gefährdung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Angestellten und Arbeiter beim Fortbestand der beiden Länder gehört in die Kategorie der Schlagwörter, mit denen man lediglich bei gedankenlosen Zuhörern Beifall auslösen kann. . . .

Was die behaupteten politischen Nachteile der Zersplitterung betrifft, so ist zu sagen, daß die Bildung eines zweiten süddeutschen Großstaates in dem Umfange Bayerns als ein nationales Unglück zu betrachten wäre. Das Bestreben gerade auch der Sozialdemokratie müßte ihrem ganzen Wesen nach doch dahin gehen, daß wir zu Reichsprovinzen kommen, die zwar mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet sind, um einen ungehinderten Berliner Zentralismus hintanzuhalten, die aber nicht so groß sein dürfen, daß sie wie Bayern Politik auf eigene Faust machen und dadurch den Bestand des Reiches gefährden könnten. Ein zweites Bayern, wie es das beabsichtigte Großschwaben darstellt, läßt die politische Mainline wieder erlöchen in so gefährlicher Art und mit solch trübenden Ausichten hinsichtlich der Erhaltung der Reichseinheit, daß sich die Vaterlandsfreunde auch im sozialistischen Lager den Fall noch einmal ernsthaft überlegen sollten. Man denke an das Beispiel der Schweiz, deren zahlreiche Kantone vielfach widerstreitende Interessen haben und die doch so innig zusammengehalten, weil sie vermöge ihrer Kleinheit alle aufeinander angewiesen sind. Die Schweiz verdankt also ihr Dasein wie aus einem Guß und das damit verbundene hohe Ansehen im Auslande gerade ihrer „Zersplitterung“ in zahlreiche Kleinstaaten. Bei Ländern in der Größe Badens und Württembergs mit rund 2 Millionen Einwohnern kann man nicht von Zersplitterung reden, sie sind vielmehr die gegebenen Reichsprovinzen. . . .

Zu wiederholten Malen habe ich hier und an anderer Stelle die Frage gestellt, wie man sich in Württemberg zu dem Vorschlage stellt, als gemeinsame Landeshauptstadt Karlsruhe zu wählen. Wenn die Gegenseite sich in der Tat nur davon leiten läßt, daß die Vereinigung zum Wohle beider Länder anzutreiben sei, dürfte sie kein entscheidendes Gewicht darauf legen, daß gerade Stuttgart der Preis zufallen soll. Karlsruhe wird durch den Verlust der Eigenschaft als Landeshauptstadt in seiner Entwicklung um 50 Jahre zurückgeworfen, und ich bezweifle, daß es den Schlag je völlig überwinden könnte. Dem wesentlich älteren in sich gefestigten Stuttgart würde es dagegen viel weniger verschlagen, wenn Regierung und Parlament in Karlsruhe ihren Sitz nehmen. Noch niemals ist auf jene Anregung von schwäbischer Seite eine Antwort gekommen. Man wird gut tun, diese offenbar recht delikate Frage auch der Versammlung einmal zu unterbreiten, die Mitte dieses Monats die Annexionsangelegenheit in Donau-Offnungen behandeln soll.“

Badisches Landestheater.
Mittwoch, den 15. Juni, 7 bis geg. 10 Uhr. Mk. 17.—
Volksbühne **Der Wildschütz.**
04

14 billige Tage 14
für erstklassige Gummi-Sohlen
(von Dienstag, 14. bis Dienstag, 28. ds.)
Herren-Sohlen M. 18.50 Damen-Sohlen M. 16.50
einschließlich der Aufmachung. K. 318
Gummi-Sohlen werden mit Spezialmaschinen
wasserdicht aufgedrückt.
Gummiwaren-Haus K. Sperber,
Worderplatz 34 Worderplatz 34.

Smith - Premier - Schreibmaschinen,
sichtbare Schrift, Dezimalstab, neuest. Modell, verkauft mit Garantiefchein
Handelwissenschaftl. Verlag,
Stuttgart, Paulinenstraße 37 L.

Das Gesuch der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen um Verleihung des Rechts zur Einleitung gereinigten Abwassers in die Alb betr.
Die obige Gesellschaft hat um Verleihung des oben bezeichneten Rechts nachgesucht. Die Bauten der zu errichtenden Abwasserreinigungsanlage werden auf den der Gesellschaft zu Eigentum gehörenden Grundstücken der Gemarkung Ettlingen errichtet.
Nach Vorprüfung des Gesuchs fordern wir hiermit zur Geltendmachung von etwaigen Einwendungen — binnen 3 Wochen vom Ablauf des Ausgabebags dieses Blattes an — bei dem Gemeinderat Ettlingen auf, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten, hierbei weisen wir noch besonders darauf hin, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern oder natürlichen nicht öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungrechte zu betrachten sind und daß daher auf solche Rechte sich künftige Einwendungen ebenfalls unter die obige Auschlussfrist fallen. Die bezüglichen Beschreibungen, Pläne und Zeichnungen liegen auf dem Rathaus in Ettlingen zur Einsicht offen.
Ettlingen, den 6. Juni 1921.
Bad. Bezirksamt.

Eduard Vehse
Güddeutsche Fürstenhöfe
Herausgegeben von Gustav Mayer

I. Band	Der bayrische Hof.
II. Band	Der württemberg. und badische Hof.
III. Band	Der hessische Hof mit dem Hofe von Bessen-Kassel, den Nebenlinien Rotenburg, Philippsthal-Barchfeld und dem Hofe von Homburg.

Preis jedes Bandes in künstlerischen Pappbänden je 30.— M. Geschenkausgabe, auf besserem Papier und mit breitem Rande, Halbpergament, je 100.— M.

Die Neuausgabe des Vehseschen Geschichtswerkes bedarf keiner Rechtfertigung. Der Wert dieser Art Geschichtsschreibung liegt in dem gewaltigen Quellenmaterial, das mit erstaunlichem Fleiß und bewundernswertem Geschick bearbeitet wird. „Das Vehse in besonders reichem Maße als Quellen ungeschminkte zeitgenössische Berichte, gelegentlich auch wohl Pamphlete, daß er Memoiren und anekdotisches Material benützt und wörtlich zitiert, daß er verschmäht, Ereignisse und Persönlichkeiten von einer so hohen Warte aus zu betrachten, daß alle Konturen und Proportionen sich verwischen und das Detail unkenntlich wird, daß er seinen Standpunkt, unbeschadet seines klaren und selbständigen Urteils, inmitten der Dinge nimmt — das will uns heute als der besondere Wert seiner Geschichte dünken, das gibt seiner Methode der Fortschreibung und Schilderung ihr reizvolles Gepräge.“

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe (Baden),
Karlriedrichstraße 14.

Grundstücksbüroschütze
Hundert von Grundstücken jeder Art in allen Gegenden Deutschlands zu verkaufen. Vermittlung von Grundstücken übernimmt Filiale Karlsruhe-Rintheim Ernststr. 39. 40 eig. Filialen. Schßt. Unternehmen. [197]

Bruchkranke
können ohne Operation und Verunstaltung geheilt werden. Sprechstunde in Karlsruhe, Hotel Sonne am 18. Juni, von 9—1 Uhr.
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

7.723. Pforzheim. Aber das Vermögen des Schneiders Paul Wömann in Pforzheim wurde heute am 13. Juni 1921, nachmittags 3½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Herr Rechtsanwält Schürmann in Pforzheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 1. August 1921 bei dem Gericht anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 6 zur Beschlußfassung über die Verbeibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Freitag, den 8. Juli 1921, vormittags 8 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 23. August 1921, vormittags 9 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestiher der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden, Besondere Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. Juli 1921 Anzeige zu machen.
Pforzheim, 13. Juni 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 3.

7.710.2 Pforzheim. Der Karl Lehmann und dessen Ehefrau Mina geb. Keil in Pforzheim haben das Aufgebot des verloren gegangenen Grundschuldbriefs vom 7. Februar 1910 über die für sie im Grundbuch von Pforzheim Band 356 Seite 24 dritte Abteilung Nr. 4 obere Stüdelhölzer, Lagerbuchnummer 3052a der Gemarkung Pforzheim eingetragen, zu 5 % verzinslichen Forderung von 12 000 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, 1. Dezember

1921, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Pforzheim anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Pforzheim, 30. Mai 1921.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.

Den Kaminfegerdienst im VI. Kreisbezirk Pforzheim bet. Der Kaminfegerdienst im VI. Kreisbezirk (Dillweihenheim) ist neu zu besetzen. Der Bezirk umfasst den Bezirk Dillweihenheim und die Gemeinden Buchenfeld, Büren, Büchenbrunn, Hamberg, Dohemwart, Steinegg, Schellbrunn, Tiesendbrunn, Mühlhausen, Lehnungen und Reihhausen.
Bewerbungen sind bis zum 1. Juli 1921 schriftlich unter Anschlag der vorgeschriebenen Belege beim Bezirksamt Pforzheim einzureichen. 7.730 Pforzheim, 6. Juni 1921.
Bezirksamt.

Hochbauarbeiten für 2 neue Wohngebäude in Hausach nach Finanzministeriumsabordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Schreiner, Glaser, Schloffer, Anstreichers, Tapezier, u. innere Installationsarbeiten, sowie Anlage der gesamten zugehörigen Wasserleitung, Aufhebungen, Bedingnisheft und Arbeitsbeschriebe an Verträgen bei der Fabrikmeister Hausach u. im Inspektionsgebäude Hauptstraße Nr. 14, Zimmer Nr. 14, zur Einsicht. Dem Angebot ist Preisangabe nach beigefügtem Muster beizufügen. Angebote mit der Aufschrift: „Angebot auf Wohngebäude Hausach“ verschlossen und postfrei bis längstens 20. Juni 1921, vorm. 10 Uhr, bei uns einreichen, woselbst auch Eröffnung stattfindet. Zuschlagsfrist 14 Tage. 7.684.2. Offenburg, 8. Juni 1921.
Hahnbaulnktion.